

## Entschließungsantrag

der Bundesrät:innen Dominik Reisinger, Doris Hahn MEd MA,  
Genossinnen und Genossen

betreffend finanziellen Ruin der österreichischen Gemeinden abwenden und ihre Handlungsfähigkeit sichern

*eingebraucht im Zuge der Debatte zur Erklärung des Bundeskanzlers (TOP 1) gemäß § 37 Abs. 4 GO-BR anlässlich des Amtsantritts des neuen Bundeskanzlers*

Die 2.059 Gemeinden in Österreich sind nicht nur die den Bürgerinnen und Bürgern nächsten Verwaltungseinheiten, sondern zugleich auch zentrale Träger der Daseinsvorsorge und sie organisieren beinahe alle Lebensbereiche der Bevölkerung.

Von Wasserver-, Abwasserentsorgung, Bau und Erhaltung von Straßen, den Erhalt, die Errichtung und den Betrieb von Kindergärten und Volksschulen, den Aufgaben im Bereich von Müllentsorgung, Beleuchtung, Flurpflege und vielem mehr, liegen unzählige Aufgaben im Bereich der Gemeinden. Diese sind jedoch seit 2021 von der massiven Teuerung ebenso betroffen, wie die Privathaushalte und Unternehmen, versuchen aber – sofern überhaupt noch möglich – die Belastung für ihre Einwohner:innen so gering wie möglich zu halten.

Zugleich haben Gemeinden einen zentralen Stellenwert im täglichen Zusammenleben in der örtlichen Gemeinschaft und unterstützen die ehrenamtlichen Vereinstätigkeiten wie im Sport, der Musik oder auch lokale Initiativen sowie die Feuerwehren als Körperschaften öffentlichen Rechts mit ihren Mitteln. Damit sorgen sie nicht nur für den Zusammenhalt in der Gemeinde, sondern erfüllen auch zentrale Versorgungs- und Sicherheitsbedürfnisse der Gemeindebewohner:innen. Diese Aufgabe wird für die Gemeinden jedoch auf Grund der höchst angespannten Budgetsituation immer schwieriger und teilweise schon jetzt unmöglich.

Ursache dafür sind neben der galoppierenden Inflation der letzten Jahre – die vor allem durch die fehlerhaften oder fehlenden Maßnahmen der schwarz-grünen Bundesregierung in der Dämpfung der Teuerung begründet liegen – auch die Steuersenkungen, beispielsweise bei der Körperschaftssteuer, die auf die Gemeinden durchschlagen, weil Ertragsanteile wegfallen. Die Gemeinden leiden also unter einer verfehlten Finanz- und Steuerpolitik der scheidenden Regierung. So ist die Prognose für das Jahr 2025 auch entsprechend pessimistisch. Das KDZ (Zentrum für Verwaltungsforschung) rechnet für dieses Jahr mit 45 Prozent Abgangsgemeinden, Tendenz steigend.<sup>1</sup>

Nicht vergessen werden darf in diesem Zusammenhang, dass die angespannte Finanzlage der Gemeinden sich nicht nur dahingehend auswirkt, dass oben genannte Leistungen schwerer aufrechtzuerhalten sind und oftmals unmittelbar durch höhere Gebühren an die Bewohner:innen weitergegeben werden müssen. Sondern, dass damit Hand in Hand auch ein Einbruch der Gemeindeinvestitionen geht, die gerade für lokale Betriebe zentral sind und somit unmittelbaren Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung ganzer Regionen sowie auf die Arbeitsplätze vor Ort und in weiterer Folge auch im ganzen Land hat.

---

<sup>1</sup> <https://www.kdz.eu/de/aktuelles/blog/gemeindefinanzprognose-dezember-2024-konsolidierungsmassnahmen-auch-bei-gemeinden>

Um dieser umfassenden Problematik entgegen zu wirken und die angespannte Situation in den Gemeinden abzufedern, war die Unterstützung der Gemeinden mit 1,5 Milliarden Euro ein zentrales Anliegen in den Koalitionsverhandlungen zwischen ÖVP, SPÖ und NEOS. Dieses Vorhaben, das auch auf Druck der Gemeindevertreter:innen aller Fraktionen Konsens bis zum Abbruch der Verhandlungen durch ÖVP und Neos war, ist bedeutsam für die weitere positive Entwicklung der Kommunen und muss trotz voraussichtlich anderer Zusammensetzung der Bundesregierung dringend in Umsetzung gebracht werden.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Bundesrät:innen folgenden

### **Entschließungsantrag**

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat und dem Bundesrat ehestmöglich ein Gemeindehilfspaket zur Beschlussfassung zuzuleiten, mit dem den Gemeinden für das Jahr 2025 zusätzliche finanzielle Mittel von 1,5 Milliarden Euro zugänglich gemacht werden.“

  
Dr. J. Reisinger  
(REISINGER)  
  
Dr. H. Chahn  
(CHAHN)  
  
Dr. Fischer  
(FISCHER)